

Sozialistische Wirtschaftspolitik

Vorsitzender *Julius Loßmann*: Nach dem ausführlichen Referat des Genossen Dr. Schumacher schreiten wir gleich zum nächsten Punkt der Tagesordnung. Sie hören jetzt den Genossen *Dr. Victor Agartz*.

Dr. Victor Agartz: Genossinnen und Genossen!

Mit dem militärischen Zusammenbruch ist auch die deutsche Wirtschaft zusammengebrochen. Die Herrschaft des Nationalsozialismus, der zweite Weltkrieg und der Zusammenbruch Deutschlands ergaben sich aus einer Entwicklung, die seit Jahren Gegenstand kritischer Untersuchungen der sozialistischen Wissenschaft war. In ihrem allgemeinen Ablauf hat die Entwicklung den wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprochen.

Das Zeitalter des Imperialismus wurde von den Sozialisten stets als ein besonderes historisches Stadium des Kapitalismus bezeichnet. Die gesamte Wirtschaft nahm monopolistisch-parasitäre Formen an. An die Stelle des freien Unternehmers als der beherrschenden Gestalt der freien Wirtschaft traten Kartelle, Syndikate und Truste. Die Wirtschaftslage der großen Staaten wurde von wenigen Großbanken beherrscht, und mächtige internationale Kartelle begannen mit der Neuaufteilung der Welt. Sie leiteten damit den Auflösungsprozeß der Nationalstaaten ein. Monopolistische Expansionen bestimmten den internationalen Waren- und Kapitalverkehr. Die Besitzergreifung der Rohstoffquellen durch das Finanzkapital führte zu wirtschaftlichen Kämpfen, die jeden Augenblick ins Politische umschlagen konnten.

Aus dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch des ersten Weltkrieges hatte sich Deutschland schon nach wenigen Jahren zu einem Kapitalismus erhoben, der sich auf imperialistischer Grundlage reorganisiert hatte. In der Weltpolitik trat es mit wachsender Aktivität und Selbständigkeit auf. Auf wirtschaftlichem Gebiet schritt der Monopolisierungsprozeß weiter fort und führte in gewissen Produktionszweigen wie Stahl, Eisen und Chemie zu absoluten Monopolen. Ein ständig wachsender Kapitalexport ging die Straßen teils des alten deutschen Vorkriegs-Imperialismus, teils auch neue Wege. Der besondere Charakter des deutschen Nachkriegs-Imperialismus war dadurch

gekennzeichnet, daß er an der durch den ersten Weltkrieg vorgenommenen Aufteilung der Welt nicht teilgenommen hatte. Eine dauernd expansive Neuentfaltung des deutschen Imperialismus mußte daher zur wesentlichen Verschärfung der Gegensätze führen.

Der erste Weltkrieg hatte die Thesen des Nationalismus in Europa als überholte historische Theorie bewiesen. In voller Mißachtung dieser Erkenntnisse kam es zu einer Neuordnung Europas, durch welche die Zahl der Nationalstaaten erheblich vermehrt wurde. Neue Zoll- und Verkehrsschranken steigerten den nationalen Egoismus, und die herrschende Meinung wurde immer blinder gegenüber den dem Kapitalismus immanenten Gesetzen. Die Ausweglosigkeit des deutschen Kapitalismus, der über keine Ventile zur Ablenkung von krisenhaften Spannungen verfügte, wie sie den übrigen kapitalistischen Staaten in Dominien, Protektoraten und Kolonien noch zur Verfügung stehen, mußte auf die Dauer zu einer neuen wirtschaftlichen Erschütterung Deutschlands führen. Die Aufrüstung, diese ungeheure negative Konsumentation, war schließlich vollendet, und auch der Weg des weiteren Druckes auf die Reallöhne der Werktätigen war kein ausreichendes Mittel mehr, der drohenden Krise zu entgehen.

In dieser Lage hat die herrschende Klasse in Deutschland, die ihre neuen Waffen bereits im Todeskampf der spanischen Demokratie erprobt hatte, den kriegerischen Ausweg gewählt. *So sehr heute die Welt entsetzt ist über die Greuel und Verbrechen aller derer, die in Nürnberg auf der Anklagebank sitzen, so fehlt auf dieser Anklagebank das letztlich schuldige soziale System mit seiner inneren Dynamik, und somit fehlt diesem Prozeß das entscheidende Relief.*

Die Folgerungen aus dieser Dynamik des kapitalistischen Systems ergeben sich mit innerer Notwendigkeit. Sie führen hin zu einer *neuen sozialistischen Wirtschaftsordnung.*

Der deutsche Einfluß auf die Gestaltung dieser Wirtschaftsordnung ist heute noch gering. Noch werden die Struktur und der Verlauf der deutschen Volkswirtschaft von den Besatzungsmächten bestimmt. Es ist aber die Aufgabe der Sozialdemokratie, Grundsätze und Richtlinien zu zeigen und diese Wirtschaft in einem dem deutschen Volk gemäßen Stil von Grund aus zu erneuern. Die deutsche Wirtschaft liegt zerstört am Boden. Ihre restlichen Teilbestände sind einem völlig desorganisierten Markt eingegliedert. In diesem völligen Zusammenbruch sieht die Sozialdemokratie jedoch keinen Grund gegen einen alsbaldigen Beginn der

Neugestaltung des Geistes und der Verfassung der deutschen Volkswirtschaft. Nur mit einem klaren, neuen Ziel vor Augen kann der wirtschaftliche Wiederaufbau gelingen.

Die Partei lehnt daher jene Ansicht ab, die nach dem ersten Weltkrieg auch in ihren eigenen Reihen geäußert wurde, daß ein Scherbenhaufen nicht sozialisiert werden könne.

Mit dieser Auffassung steht sie in voller Übereinstimmung mit der neueren marxistischen Forschung. Die bürgerlichen Revolutionen haben mit der Erklärung der Grundrechte und staatsrechtlichen Befreiung des Individuums aus einer feudalistischen Hörigkeit geendet. Die wirtschaftliche Unfreiheit blieb aber bestehen, weil der rechtlich freie, aber besitzlose Arbeiter allein auf die Verwertung der eigenen Arbeitskräfte angewiesen war. Ihm gegenüber stand der Besitz und das Klassenmonopol an Produktionsgütern. Somit ergab sich eine unterschiedliche Machtstellung im wirtschaftlichen Vertragsverhältnis. Es ist die Aufgabe der sozialistischen Epoche, neben der rechtlichen auch die wirtschaftliche Freiheit durchzusetzen.

Jeder Deutsche ist sich bewußt, daß die Beseitigung des heutigen Trümmerfeldes nur die Arbeit aller sein kann. Die SPD lehnt es aber ab, über diese Gemeinsamkeit der Aufgabe und über die Einigkeit zum Wiederaufbau nur zu reden, ohne daß ernsthafte Anstrengungen auf allen Seiten gemacht werden, die offenkundigen sozialen Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Dies ist die wichtigste Vorbedingung der erstrebten Einigkeit.

Die Bereinigung der sozialen Frage ist nicht etwa dadurch bedeutungslos geworden, daß die jetzige Not allgemein ist, großer Besitz im Kriege vernichtet und die Einkommen-Pyramide flacher geworden ist. Sicherlich ist die Not größer geworden und auf weitere Teile des Volkes ausgedehnt. An dieser Art Gleichheit aber liegt der Sozialdemokratie nichts. Diese Not macht die Grundsätzlichkeit unserer Forderungen nur dringender, und die Unbedingtheit dieser Forderung sozialer Gerechtigkeit hat mit einer Schürung von Klassenhaß nichts zu tun. Sie will im Gegenteil die Gegensätzlichkeit der Klassen durch eine gerechte soziale und wirtschaftliche Verfassung beseitigen. Ohne sie ist kein neuer Aufbau möglich. Der Neuordnung würde die entscheidende Voraussetzung fehlen. Sie muß alle Vorrechte beseitigen, die bestimmten Gruppen des Volkes auf Grund des Besitzes oder der Geburt gewährt werden, der breiten Masse der anderen Volksangehörigen aber verschlossen bleiben.

Außer der historisch gewordenen sozialen Ungerechtigkeit mit

ihrer Störung des sozialen Lebens ist das kapitalistische System mit erheblichen funktionellen Systemfehlern behaftet, die seine Überwindung zur unabwiesbaren Notwendigkeit machen. Die kapitalistische Verkehrswirtschaft bietet im Gegensatz zur Meinung ihrer wissenschaftlichen Verteidiger keine Gewähr gegen eine Wiederkehr krisenhafter Störungen, keine Gewähr gegen imperialistische Tendenzen, weil diese ihr immanent sind, und keine Gewähr gegen faschistische Entwicklungen. Im Gegenteil, die Krisen haben mit der Entwicklung von Früh- über Hoch- zum Spätkapitalismus an Heftigkeit und Ausdehnung zugenommen. Dabei ist diese Verkehrswirtschaft auch mit ihrem modernen Geld- und Kreditsystem nicht in der Lage, die Kräfte zur selbsttätigen Überwindung dieser Krisen freizumachen. Ohne zentralen Eingriff können die jeweilig eintretenden Schäden nicht behoben werden.

Das System der kapitalistischen Industriewirtschaft ist im Laufe der Zeit immer mehr mit monopolistischen Gebilden der verschiedensten Form durchsetzt worden. Heute kennzeichnen Truste, Konzerne und Kartelle seinen Charakter. Das hat auch die gesunden Kräfte dieses Systems untergraben. Es war das ursprüngliche wirtschaftliche Grundprinzip der kapitalistischen Wirtschaft, durch freie Konkurrenz auch im Interesse eines gesamtwirtschaftlichen Nutzens in ununterbrochenem Zwang eine Senkung der realen Produktionskosten herbeizuführen. Diese ursprünglich freie Konkurrenz bedrohte mit Hilfe des technischen Fortschrittes den nicht hinreichend anpassungsfähigen Unternehmer mit dem Risiko des Vermögensverlustes. Durch die monopolistischen Wirtschaftsgebilde ist demgegenüber dieses wirtschaftliche Konkurrenz-Prinzip mehr und mehr zurückgegangen. Es ändert an den funktionellen Fehlern des Systems nichts, daß diese Monopolorganisationen in erster Linie eine Anpassung an die zunehmende Kapitalintensität bedeuten und nicht so sehr einen Schutz vor betriebsbedingten Verlusten. Die privaten Monopolgebilde setzen im marktwirtschaftlichen Verkehr eine Monopolrente durch und bringen damit einen zusätzlichen Teil des Sozialprodukts an sich. Auf diese zusätzliche Monopolrente haben sie jedoch keinen Anspruch; weder als Entgelt für ihren Kostenaufwand, noch als Gegenwert für unternehmerische Leistungen. Dieser zusätzliche Anspruch kann daher gesamtwirtschaftlich nicht gerechtfertigt werden. In volkswirtschaftlicher Hinsicht wird diese gegenwertlose Monopolrente aufgebracht nicht nur von den unselbständigen Arbeitnehmern, sondern auch von allen nicht monopolistisch orga-

nisierten Produzenten, vor allem von den Bauern, Handwerkern, kleinen Industriellen und freien Berufstätigen.

Mit der Beseitigung des Konkurrenz-Prinzips und mit der Bildung des Monopol-Kapitalismus wurde aus dem Preiskampf ein Preisdiktat, aus dem ökonomischen Marktgesetz ein Marktdekret, aus dem ursprünglich natürlichen Wettbewerb eine Vereinbarung auf Kosten Dritter, aus einem Kampf um den Kunden ein Kampf gegen den Kunden und aus der Produktionsausdehnung eine Produktionsdrosselung.

Die Beseitigung der wirtschaftlichen Unfreiheit des einzelnen Menschen und ebenso die Beseitigung der den Fortschritt hemmenden Fehler im System der kapitalistischen Wirtschaft kann nun nicht erfolgen, indem man lediglich in die volkswirtschaftlichen Verteilungsvorgänge eingreift.

Diese Ungerechtigkeiten und Fehler sind in erster Linie mit der kapitalistischen Organisation der Erzeugung verknüpft. Ohne grundsätzliche Neuordnung auch der Erzeugung können daher die vorhandenen Fehler nicht beseitigt werden. *Deshalb ist es erforderlich, daß ein bestimmender zentraler Einfluß auf Umfang und Richtung der Produktion erzielt wird.* Notwendig ist sowohl eine zentrale Beherrschung des Standes der Beschäftigung als auch ein entscheidender Einfluß auf die Größe und Zusammensetzung des zu verteilenden sozialen Produkts. Diese Forderung enthält keineswegs die Ablehnung einer einzelwirtschaftlichen unternehmerischen Betätigung. Unternehmerische Initiative bedeutet nicht schlechthin die Herstellung eines unzulässigen Klassen-Privilegs. Nur unter der Herrschaft bestimmter Formen der sozialen und Wirtschafts-Verlassung, der Einkommen- und Besitzverteilung ist diese unternehmerische Betätigung abzulehnen. Sind nämlich diese Formen kapitalistisch, und bewegt sich diese Betätigung auf unkontrolliert sich selbst überlassenen Märkten, dann wird das Privateigentum an Produktionsmitteln zum sozialen Unrecht. Und unter diesen besonderen Bedingungen entsteht auch ein Mißverhältnis zwischen den Teilen des Volkseinkommens, das vorwiegend Verbrauchszwecken dienen soll, und dem anderen Teil des Volkseinkommens, das der Schaffung neuer Anlagen dient. Wir kennen dieses Mißverhältnis aus den Untersuchungen über das Absinken der Lohn-Quote. Es muß zu Krisen führen. Die Sozialdemokratie bekämpft daher keineswegs die unternehmerische Initiative als solche, im Gegenteil, sie fördert sie in allen Formen, die nicht zur Entstehung neuen sozialen Unrechts führen. Sie wünscht eine Steigerung aller wirtschaftlichen

Energien und ist bereit, alle jene Kräfte zu unterstützen und zu fördern, die das Risiko der wirtschaftlichen Unternehmung auf eigene Rechnung auf sich nehmen und die gewillt sind, unter voller Haftung des eigenen Vermögens dieses Risiko zu tragen.

Jede Zusammenballung privater Macht wie in den Monopol-Unternehmungen lehnt dagegen die SPD ab. Über den Umfang, über die Richtung und über die Verteilung der Produktion darf zukünftig nur noch der demokratische Rechtsstaat entscheiden. An die Stelle des privatkapitalistischen Gewinnstrebens hat die staatliche Planung zu treten als Hauptregulator der neu zu erichtenden Wirtschaft.

Diese staatliche Planung kann nicht ersetzt oder überflüssig gemacht werden — wie vielfach die Auffassung vorherrschend ist — durch ein noch so weitgehendes Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den Betrieben. In den Betrieben können immer nur einzelne wirtschaftliche Teilpläne zustande kommen, niemals aber ein volkswirtschaftlicher Gesamtplan. Auf einen solchen Gesamtplan kommt es aber zur Überwindung der kapitalistischen Systemfehler an. In der Führung der Wirtschaft muß also der kapitalistische Unternehmer abgelöst werden. Er kann nicht ersetzt werden durch einzelne Gruppen wirtschaftlich gebundener Arbeitervertreter in den Betrieben, sondern nur durch die aus allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl hervorgegangenen Repräsentanten der gesamten im Staat verbundenen Gesellschaft.

Diese sozialistische Planwirtschaft im demokratischen Rechtsstaat hat die folgenden sittlichen Hauptforderungen zu erfüllen:

- a) Die Befriedigung der Elementar-Bedürfnisse aller Mitglieder des Staates ist in der Rangfolge ihrer naturgegebenen Dringlichkeit sicherzustellen.
- b) Jedem arbeitsfähigen und arbeitswilligen Mitglied muß jederzeit eine Arbeitsmöglichkeit eröffnet werden.
- c) Grundsätzlich ist die freie Wahl des Berufes und des Arbeitsplatzes ein unabdingbarer Bestandteil der ökonomischen Freiheit jedes einzelnen Menschen.
- d) Ein Anteil am gesamten Sozial-Produkt kann zukünftig ohne produktive Gegenleistung nur dem noch nicht oder nicht mehr Arbeitsfähigen gewährt werden.

Das zukünftige kulturelle Ziel der Produktion nach Überwindung der durch den Krieg verschuldeten Not ist nicht das technisch erreichbare Maximum an materiellen Gütern, also auch nicht eine unbegrenzte Leistungssteigerung durch bis zum äußersten gestei-

gerte Investition. Das Ziel der Produktion muß vielmehr zukünftig sein:

Eine Versorgung der Bevölkerung ohne neue Gefährdung ihrer Existenz mit dem höchstmöglichen Maß an Befriedigung in der Arbeit. *Nicht ein Maximum, sondern ein Optimum an Versorgung soll angestrebt werden.* Die deutsche sozialistische Volkswirtschaft wird bei dieser Zielsetzung sich mit allen denjenigen Ländern im Einklang befinden, die gleichfalls nicht mehr bereit sind, vorwiegend zu Rüstungszwecken zu investieren. Die Verhütung in späterer Zukunft drohender Krisen durch Überinvestition, und schon heute die durch den Krieg gerissenen Lücken machen es notwendig, daß künftig mehr als bisher die *Erzeugung von Verbrauchs- und Gebrauchsgütern im Vordergrund* steht, nicht so sehr die Erzeugung von Anlagegütern. Die Sozialdemokratie steht daher ohne wirtschaftsreaktionäre Bilderstürmerei auch allen Formen der industriellen Werkätigkeit mit Bedenken gegenüber, die die Arbeit in den Betrieben zum Zweck einer erhöhten Investitionstätigkeit weitgehend schematisieren, wie das im Nationalsozialismus insbesondere in der Rüstungswirtschaft der Fall war. Sie ließ jede Freude an der Arbeit und an ihrem Erzeugnis erstickten. Die gegenwärtige Lage des deutschen Volkes erfordert Höchstleistungen an Qualitätsarbeit. Insbesondere während des Krieges sind dagegen aus dem Bedürfnis der Kriegswirtschaft die Arbeitsprozesse weitgehend vereinfacht worden in dem Bestreben, den Facharbeiter entbehrlich zu machen. Für die zukünftige deutsche Wirtschaft kommt es aber gerade darauf an, durch *planmäßige Förderung fachlicher Leistungen die notwendigen Voraussetzungen für die Existenz des Volkes zu schaffen.*

Bei den Methoden zur Verwirklichung der sozialistischen Planwirtschaft dürfen die Erfahrungen nicht übersehen werden, die im letzten Menschenalter bei den Versuchen zur schrittweisen Überwindung des kapitalistischen Wirtschafts-Systems in allen fortschrittlichen Ländern gesammelt worden sind. Besonders darf die Überführung von betrieblichen Unternehmungen auf die öffentliche Hand nicht mehr als das alleinige, sondern nur noch als ein Mittel neben anderen zur Bestimmung von Umfang, Richtung und Verteilung der Produktion angesehen werden. In bestimmten Wirtschaftszweigen ist sicherlich die Übernahme des Betriebes in öffentliche Regie der beste Weg zur Erreichung des gesteckten Zieles, in anderen Wirtschaftszweigen dagegen vorläufig nicht oder sogar überhaupt nicht.

In der sozialistischen Planwirtschaft sieht die SPD nicht einen

Selbstzweck. Sie fordert daher die Beschränkung der staatlichen Eingriffe auf das jeweils erforderliche Maß. Ganz allgemein gesehen müssen die groben und provisorischen Methoden der kriegswirtschaftlichen Steuerung durch wissenschaftlich durchdachte Methoden auf der Grundlage volkswirtschaftlicher Kräftebilanzen ersetzt werden. Es dürfen insbesondere Lächer nicht dadurch gestopft werden, daß an anderer Stelle neue aufgerissen werden. Unter Einbau marktwirtschaftlicher Elemente des Wettbewerbs muß die Planung unbeschadet ihres umfassenden Charakters mehr und mehr zu den Methoden der indirekten Lenkung übergehen. Wenn auch nicht in allen Fällen auf Gebote und Verbote verzichtet werden kann, so sollen doch besonders im Bereiche der Enderzeugung und der Endverteilung möglichst alle mittelbar wirkenden Methoden der Markt-Beeinflussung angewendet werden.

Die weitgehend dezentralisierte Planungs- und Lenkungsarbeit muß dabei immer von unten nach oben gehen. Dabei sind die Bedürfnisse und Erfahrungen der einzelnen Landschaften und örtlichen Wirtschaftsbezirke ausreichend zu berücksichtigen.

Die Investitions-Tätigkeit ist zukünftig ausschließlich dem Staat zur vollständigen Kontrolle zu überantworten. Diese Kontrolle hat auf der Grundlage langfristiger zentraler Planung zu erfolgen. Die staatliche Steuerung der Produktion muß im Investitionsbereich wesentlich umfassender und tiefgreifender gestaltet werden als im Bereich der Verbrauchsgüter-Wirtschaft.

Ein besonders wirksames und zugleich elastisches Mittel der zentralen Steuerung der Investition ist die *Kreditpolitik*. Der neue Aufbau der Wirtschaft kann nur mit Hilfe staatlicher Kredite vollzogen werden. Kapitalinvestierung und Kreditpolitik liegen daher ausschließlich im Bereich der staatlichen Planung. Art und Umfang der Finanzierung haben sich nach dem Erfordernis der Vollbeschäftigung zu richten.

Ein wichtiges Mittel zur Beeinflussung der Verteilung des Sozialproduktes ist neben der Steuerpolitik die *Lohn- und Preispolitik*. Diese muß daher nicht nur im Investitions-Sektor, sondern auch gerade im Verbrauchs-Sektor voll wirksam sein. Die staatliche Einkommenpolitik muß eine gerechte Verteilung des Ertrages der volkswirtschaftlichen Arbeit gewährleisten, wobei die Unterschiede in der Höhe der Einkommen auf das zur Anspornung der Leistung erforderliche Maß beschränkt werden.

Der Einkommen-Politik kommt auch eine besondere Bedeutung zu als Lenkungsmittel zur Steuerung des Arbeitseinsatzes gemäß den Zielen des Wirtschaftsplans. Die Löhne und Gehälter sind wich-

tigste Kosten-Elemente der Produktion und können schon deswegen nicht von der staatlichen Lenkung ausgenommen werden. Es ist selbstverständlich, daß auf eine mitwirkende Tätigkeit der Gewerkschaften nicht verzichtet werden kann.

Auch eine wirtschaftliche Selbstverwaltung ist in einer sozialistischen Planwirtschaft unentbehrlich. Diese Selbstverwaltung muß jedoch demokratisch aufgebaut sein. Für die Wirtschaftsbereiche der Industrie, des Handwerks, des Handels, der Landwirtschaft usw. sind, — soweit noch nicht vorhanden — getrennte Kammern zu bilden. *Diese Kammern dürfen jedoch zukünftig keine reinen Unternehmer-Zusammenschlüsse mehr sein. Sie müssen vielmehr so besetzt werden, daß in gleicher Weise auch die Interessen der in den Unternehmungen unselbständig Arbeitenden vertreten sind.*

Diese Kammern werden damit Repräsentanten aller in ihrem Bezirk auf einem bestimmten Wirtschaftssektor berufstätigen Mitglieder der Volkswirtschaft. Diese Kammern sind dann regional in Kammer-Organisationen zusammenzufassen und erscheinen in dieser regionalen Zusammenfassung als geeignet, die staatliche Planungs- und Lenkungsarbeit wirksam durch beratende Tätigkeit zu unterstützen. Selbstverständlich ist, daß das Wahlverfahren und die Satzung durch den demokratischen Rechtsstaat verbindlich festgelegt werden müssen. Zur Wahrung der Betriebsinteressen einer Wirtschafts-Branche können *Fachverbände* auf freiwilliger Grundlage geschaffen werden. Die wirtschaftlichen Interessen der in den Betrieben tätigen Arbeitnehmer müssen kollektiv über die Gewerkschaften wirkungsvoll zur Geltung gebracht werden.

Wir weisen dieser Organisation der Selbstverwaltung zwar keine Hoheitsaufgaben zu. Es obliegt ihr aber die Pflicht, die staatliche Wirtschafts-Verwaltung durch Beratung zu unterstützen. Zur Wahrnehmung allgemeiner Verbraucher-Interessen bilden die Gewerkschaften zusammen mit den Vertretern der Konsum-Genossenschaften die geeigneten Organisationen.

Die Sozialdemokratie lehnt auf Grund aller dieser Erwägungen als ungerecht und insbesondere für die heutige Lage des deutschen Volkes ungeeignet ab:

- a) Den Liberalismus in seiner ursprünglichen Form, der dem Privatunternehmer ein vermeintliches Naturrecht ungehemmter Wirtschaftsbetätigung auf sich selbst überlassenen Märkten gab, die vom Staat weder direkt noch indirekt gelenkt werden;

- b) den Monopolkapitalismus mit imperialistischen Tendenzen, der zu gleichgewichtslosen Märkten führt und das Bestreben hat, die öffentliche Gewalt zu Gunsten der privaten Macht in den Hintergrund zu verdrängen;
- c) den Ständestaat, der die Staatssouveränität aushöhlt, alle dynamischen Kräfte des Wirtschaftslebens unterbindet und sie in eine starre Ordnung zwingt;
- d) einen zentralistischen Staats-Kapitalismus in Form der marktlosen Wirtschaft; eine Wirtschaftsform, die immer die Neigung hat, zu einer politischen Diktatur auszuarten;
- e) den im Entstehen begriffenen Neu-Liberalismus, der die Bedeutung des Gewinnstrebens und des Wettbewerbes überschätzt, der die Unvermeidlichkeit der Verbrauchslenkung in jeder modernen Volkswirtschaft verkennt und damit praktisch sämtliche Verbraucher der Bevormundung durch das Gewinn-Interesse privater Unternehmer ausliefert.

Die SPD steht es — unbeschadet der Anerkennung echter unternehmerischer Leistungen auf einzelwirtschaftlicher Grundlage — als ihre besondere Aufgabe an, alle diejenigen Bestrebungen zu fördern, die zu einer unmittelbar auf das Gemeinwohl gerichteten gemeinnützigen Wirtschaftsbetätigung führen. Sie setzt sich daher ein für eine unbefangene Würdigung der unternehmerischen Leistungen aller öffentlichen Unternehmungen. Sie verlangt ihre Fortentwicklung im sozialistischen Geist. Die Leitungen dieser Unternehmungen, die vielfach den Einflüssen kapitalistischen Denkens ausgesetzt waren und auch heute noch sind, müssen dem sozialistischen Dienstgedanken unterstellt werden. Wo die öffentliche Unternehmung am Platz erscheint, ist grundsätzlich nach dem Prinzip der Dezentralisation zu verfahren. Unternehmungen mit lediglich lokalen Betriebsaufgaben sind der lokalen Gebiets-Körperschaft zu unterstellen. Unternehmungen mit regionalen Betriebsaufgaben hat die regionale Gebietskörperschaft zu betreiben.

Die Sozialdemokratie wird mit besonderem Nachdruck alle Bestrebungen fördern, die zu einer freien, nicht vom Staate befohlenen Verbindung wirtschaftlicher Kräfte im Sinne der Bildung von auch geistig verbundenen *freien gemeinnützigen Wirtschaftsgemeinschaften* drängen. Sie tritt daher für eine starke Ausbreitung und eine Kräftigung aller Genossenschaften und verwandter anderer Verbindungen der Erzeuger und Verbraucher ein. Die Sozialdemokratie sieht in diesen Formen einer *Sozialisierung von unten* einen besonderen, dem deutschen Volk angemessenen Wirt-

schaftsstil. Weder der deutsche Arbeiter noch der Handwerker noch der Bauer werden ohne genossenschaftlichen Zusammenschluß in der Lage sein, die vor ihnen liegenden großen wirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen. Die Sozialdemokratie ist überzeugt, daß auch die kleineren und mittleren Einzelunternehmungen sich mehr und mehr zur Übertragung geeigneter Funktionen ihrer Betriebe an genossenschaftliche Arbeitsgemeinschaften entschließen werden. Sie wird diese Formen des Zusammenschlusses nachdrücklich fördern.

Der Groß- oder Mammutbetrieb hat sich weder im In- noch im Ausland als allgemein überlegen erwiesen. Insbesondere nicht bei der Anwendung neuester betriebstechnischer Entwicklungsformen und in der Schaffung hochwertiger individueller Verbrauchsgüter. Die Chancen, die sich hieraus für die kleineren und mittleren Unternehmungen ergeben, sind planmäßig wahrzunehmen. Weil in diesen kleinen und mittleren Betrieben jeder einzelne Mitarbeiter in verhältnismäßig großem Maße an der Gesamtleistung des Betriebes teilnimmt und mit dem Gesamtschicksal des Unternehmers verbunden ist, wird auf diese Weise der Vorzug individueller Arbeit einer möglichst großen Zahl von Werktätigen zugute kommen.

Die Sozialdemokratie fordert somit eine Beurteilung des Erfolges der Unternehmungen nicht nach den bisherigen Maßstäben, also nicht allein nach dem Verhältnis vom Wert der Erzeugnisse zu den in Zahlen ausdrückbaren Kosten. Wesentlich sind auch die nicht in Zahlen meßbaren Leistungen für das Leben der Wirtschaftsgesellschaft und das Wohlbefinden aller Mitarbeiter, und andererseits die zahlenmäßig nicht meßbaren Opfer, die das Unternehmen der Wirtschaftsgesellschaft und den Mitarbeitern auferlegt. Die Sozialdemokratie fordert eine solche *Ausbildung der Wirtschaftsprüfer*, vereidigten Buchprüfer, Betriebsingenieure und der in der Wirtschaftsverwaltung tätigen Beamten, daß sie den Aufgaben einer derartigen sozialistischen Methode der Erfolgsermittlung voll gewachsen sind. Diese Prüfungen sind als *regelmäßige* — alle Gesichtspunkte zusammenfassende *Pflichtprüfungen* bei sämtlichen Unternehmungen durchzuführen.

Nicht nur an der Verwaltung der Wirtschaft, sondern auch innerhalb der einzelnen Unternehmungen ist *die demokratische Mitwirkung an der Regelung der betrieblichen Fragen und an Fragen des Unternehmens* zu gewährleisten. Bei privaten Großunternehmen, bei privaten Kapitalgesellschaften ohne Unterschied ihrer Größe ist eine Mitwirkung von Gewerkschaftsvertretern im Auf-

sichtsrat des Unternehmens gesetzlich vorzuschreiben. Ob eine Kapitalgesellschaft vorliegt, entscheiden nicht allein die Rechtsformen, sondern die wirtschaftlichen und sozialen Tatsachen. Für Unternehmungen dieser Art, für die ein Aufsichtsrat gesetzlich nicht vorgeschrieben ist, muß die Mitwirkung von Vertretern der Gewerkschaft in geeigneter anderer Weise sichergestellt werden.

Aus allen diesen allgemeinen Betrachtungen ergeben sich die Forderungen, die die Sozialdemokratie hinsichtlich der *einzelnen Zweige des Wirtschaftslebens* zu stellen hat. In der spät-kapitalistischen Wirtschaft haben sich monopolistische Formen der Marktbeherrschung besonders weitestgehend in den *Grundstoff-Industrien* durchgesetzt. Die starke Kapital-Intensität und das damit gegebene überdurchschnittliche konjunkturelle Verlust-Risiko begünstigte diese monopolistische Entwicklung. Die spezielle Eignung der Grundstoffe zur kartellmäßigen Behandlung ermöglichte diese monopolistischen Formen. Damit ist aber die Grundstoff-Industrie im besonderen Grade geeignet für eine Übernahme durch die öffentliche Hand. Im Hinblick auf die ausgesprochen nationalistische und kriegstreiberische Rolle der schwerindustriellen Unternehmer in Deutschland der letzten 100 Jahre ist die völlige Übernahme der Grundstoffherzeugung in die öffentliche Hand auch politisch eine unabweisbare Notwendigkeit.

Eine derartige Übernahme ermöglicht zugleich den wirtschaftlichen notwendigen weitreichenden staatlichen Einfluß auf die gesamte wirtschaftliche Investitions-Tätigkeit. Die Betriebe des Bergbaues, d. h. Kohlen, Erze, Erdöl und Kalk, der Eisen- und Stahlerzeugung, der Eisen- und Stahlbearbeitung bis zum Halbzeug, der NE-Metallerzeugung und der Zement-Gewinnung, aber auch der synthetischen Erzeugung von Ammoniak, Treibstoffen und Kautschuk sowie der Zellstoff- und Zellwolle-Produktion sind daher in öffentliche Regie zu überführen.

Die *öffentliche Versorgungs-Wirtschaft*, d. h. Strom, Gas und Wasser kann ihrer ganzen Natur nach nur monopolistisch betrieben werden. Sie befindet sich bereits zum größten Teil in kommunaler oder staatlicher Regie. Soweit dies nicht der Fall ist, muß die Übernahme dieser Teile noch durchgeführt werden. Konzessions-Verträge der öffentlichen Hand mit privaten Unternehmungen stellen für sie keinen ausreichenden Ersatz dar.

In der *verarbeitenden Industrie* wird die Organisation der Erzeugung überall dort zu einem besonderen Problem, wo die bestmögliche Versorgung der Verbraucher zur kapitalintensiven Massenproduktion in einigen wenigen großen Unternehmungen

drängt, wie beispielsweise im Kraftfahrzeugbau. Die Frage, ob öffentliche, freie gemeinnützige oder private Unternehmungen, tritt hier an Bedeutung zurück hinter dem Erfordernis, die vorhandenen Großbetriebe bei strenger Kontrolle der Löhne und Preise zu einem ständigen Wettbewerb um Qualitäts-Verbesserung und Kostensenkung durch technischen Fortschritt zu zwingen. Unter Umständen kann dies mit besonderem Erfolg durch staatliche Produktions-Auflagen geschehen. In jedem Fall bedarf die Kapazitätsbemessung dieser Betriebe der Lenkung durch die staatliche Wirtschaftsverwaltung.

Staatliche Produktions-Auflagen können auch ein wichtiges Steuerungs- und Antriebsmittel in der Fertigwaren-Industrie mit geringerer Kapitalintensität sein. In diesem Bereich bietet das im Wettbewerb stehende private Unternehmen noch immer den Vorteil der größeren Anpassungsfähigkeit an Verbraucherwünsche und technischen Fortschritt, sofern es strenger Lohn- und Preiskontrolle unterworfen ist. In dem Maße, in dem sich jedoch eine Tendenz zu monopolistischer Marktbeherrschung durchzusetzen beginnt, wächst auch hier die Sozialisierungs-Reife.

Inwieweit in der *Verbrauchs-güterherstellung* die privatwirtschaftliche Produktionsweise im Rahmen einer sozialistischen Planwirtschaft noch sinnvoll und tragbar erscheint, bemißt sich nach der Bereitschaft, die Risiken eines durch staatliche Überwachung in bestimmte Schranken verwiesenen Wettbewerbes auf sich zu nehmen.

Aus vorkapitalistischer Zeit hat sich das Handwerk im ganzen als arbeitsintensive gewerbliche Produktionsweise durch alle Stadien der kapitalistischen Wirtschaft hindurch bis zur Gegenwart behauptet. Seine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung ist unbestritten. Der mit einem bescheidenen Bestand an verhältnismäßig einfachen Produktionsmitteln ausgerüstete Handwerker, der im Regelfall die eigene Arbeitskraft in erster Linie mit einsetzt, hat mit dem kapitalistischen Klassenmonopol nichts zu tun. Er hat mit seinem privaten Eigentum an Werkzeugen auch in der sozialistischen Wirtschaft seinen festen Platz. Bei der Neuordnung der deutschen Wirtschaft wird gerade dem Handwerker zukünftig eine besondere wirtschaftliche Rolle zufallen. Nicht nur wird er bei der Behebung aller Zerstörungen des Krieges, beim Wiederaufbau der Städte usw. große Aufgaben vor sich sehen, seine Bedeutung wird auch gerade für den notwendigen Export durch die Herstellung von Qualitäts-Erzeugnissen wachsen. Für die Lösung betrieblicher Gemeinschafts-Aufgaben steht dem Handwerker die auch auf

diesem Sektor bewährte Organisationsform der Genossenschaft zur Verfügung, deren Anwendung kräftig zu fördern ist. In welchem Umfang die einzelnen Handwerkszweige nach gesamtwirtschaftlichen oder örtlichen Verhältnissen für den Neuzugang von fachlich ausreichend befähigten Berufsanwärtern zu öffnen oder zu schließen sind, ist in der sozialistischen Planwirtschaft Sache der staatlichen Verwaltung. Der staatlichen Lohn- und Preiskontrolle ist das Handwerk ebenso wie alle anderen Betriebe gleichermaßen unterworfen.

Auch der Handel ist an sich nicht kapitalistisch. Er wird auch in der sozialistischen Planwirtschaft bestimmte Funktionen zu erfüllen haben. Bei der gegenwärtigen Armut und bei der Notwendigkeit, jede Kraft produktiver Erzeugung zur Verfügung zu stellen, muß jedoch danach getrachtet werden, daß zukünftig der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher möglichst kurz ist. Dieser Weg kann in einer sozialistischen Planwirtschaft weitgehend vereinfacht werden. Aus diesem Grunde werden auch den *Konsumgenossenschaften* bei der Frage der Organisierung der Verteilung besondere Aufgaben zufallen.

In der *Verkehrswirtschaft* ist der seiner Natur nach monopolistische Betrieb auf der Schiene bereits so gut wie vollständig in öffentlicher Hand. Soweit es sich bei Verkehrsunternehmungen noch um privatwirtschaftliche oder in gemischtwirtschaftlicher Form arbeitende Betriebe handelt, sind sie in der sozialistischen Planwirtschaft ebenfalls in die öffentliche Regie zu übernehmen. In der Binnenschifffahrt mit ihrer Vielzahl von selbst fahrenden kleinen Eigentümern ist für private oder genossenschaftliche Betätigung unter staatlicher Lenkung und Kontrolle durchaus noch Raum.

In der neuen Wirtschaft wird dem landwirtschaftlichen Bereich als der Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes eine besonders hohe Bedeutung zukommen. Hauptträger der agrarischen Erzeugung muß der ordentlich wirtschaftende Bauer auf eigener Scholle sein. Er ist ebensowenig wie der Handwerker eine kapitalistische Erscheinung.

Sein produktives Sachvermögen (nicht dessen Geldwert) ist im Interesse der Ernährungssicherung grundsätzlich schutzwürdig. Als Formen des betrieblichen Zusammenschlusses von bäuerlichen Einzelwirtschaften zur Lösung bestimmter Produktions- und Absatzaufgaben verdienen die landwirtschaftlichen Genossenschaften nachdrücklichst Förderung durch den demokratischen Staat. Straffe Lenkung der gesamten agrarischen Produktion ist heute

und für die Dauer erforderlich. Schärfste Kontrolle der Ablieferung durch die staatliche Wirtschaftsverwaltung, auch im Wege der Auflagenerteilung ist zur Sicherung der städtischen Ernährung solange unabweisbare Pflicht, als die heutige ausgesprochene Knappheit an Nahrungsmitteln besteht. Der Bauer kann selbst entscheidend dazu beitragen, daß dieser Zustand überwunden wird und damit die staatliche Kontrolle des Ganges seiner Arbeit gelockert werden kann.

Für den Großgrundbesitzer als einen Hauptträger feudalistischer und kapitalistischer Gesinnung und als einen besonderen Hort militaristischen Denkens ist im neuen Deutschland kein Platz mehr. Die unerläßliche Aufsiedelung muß aber so vorgenommen werden, daß mit ihr nicht eine Produktionssenkung, sondern eine Produktionssteigerung durch Intensivierung verbunden ist. Bei der Besitz-Reform soll der Grundbesitzer, sofern er unbelastet ist, nicht von Haus und Hof vertrieben werden, sondern nur in seinem Besitz auf das gebietsübliche Ausmaß einer durchschnittlichen Bauernwirtschaft beschränkt werden. Landwirtschaftliche Großbetriebe, die aus produktionstechnischen Gründen oder zum Zweck wissenschaftlicher Forschung als solche erhalten werden müssen, sind von der öffentlichen Hand oder in freien gemeinnützigen Formen zu übernehmen.

Grundsätzlich, besonders aber heute angesichts der durch Luftkriegseinwirkungen und den Flüchtlingszustrom geschaffenen katastrophalen Wohnraumlage bedarf die deutsche Wohnungswirtschaft ebenfalls der Lenkung durch die öffentliche Hand. Unter den Produktionsaufgaben wird die Wohnraum-Beschaffung auf Jahrzehnte mit an erster Stelle stehen. Im Eigenheimbau und auch bei anderen Aufgaben kann daneben die private Trägerschaft wirtschaftlich und sozial gerechtfertigt sein und einen wünschenswerten Wettbewerb bedeuten. Die Verwaltung großer Mietwohnungsbestände muß dagegen Aufgabe genossenschaftlicher oder öffentlicher Unternehmungen sein.

Die Kreditwirtschaft ist als Apparat der Geldschöpfung und als ein wichtiges Mittel der Investitions-Lenkung eine öffentliche Angelegenheit, zumal da für alle Bankeinlagen seit der Krisenerfahrung von 1931 praktisch eine öffentliche Garantie gegenüber Zusammenbruchgefahren als gegeben angesehen werden muß. Der stärkste Sektor der deutschen Kreditwirtschaft, das Sparkassenwesen ist bereits entsprechend aufgebaut. Der Großbanken-Sektor bedarf der Überführung in die öffentliche Hand schon aus Gründen der wirtschaftlichen Rationalisierung. Die Kredit-

Genossenschaften haben zufolge ihrer nicht kapitalistischen Wirtschaftsgesinnung auch in der sozialistischen Wirtschaft ihre volle Berechtigung. Sämtliche Kreditinstitute müssen staatlicher Aufsicht unterworfen bleiben.

Jedes Mitglied der sozialistischen Wirtschafts-Gesellschaft hat Anspruch auf umfassenden Versicherungsschutz bei Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Tod und Arbeitslosigkeit. Die Gewährleistung dieses Schutzes, die bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung eine Aufgabe von außerordentlicher Schwierigkeit darstellt, ist eine Angelegenheit der öffentlichen Hand. Private Versicherungseinrichtungen auf Gegenseitigkeit unter staatlicher Aufsicht können zur Bereitstellung zusätzlichen Schutzes daneben bestehen bleiben.

Dieses Gesamtbild der von der deutschen Sozialdemokratie geforderten Wirtschaftsverfassung führt zu wesentlichen Folgerungen für die *wirtschafts- und sozialpolitische Zusammenarbeit der Völker in Europa und der Welt.*

Die kapitalistische Entwicklung in allen Ländern hat für die minderbemittelten Schichten aller Völker zu übereinstimmenden Mindestforderungen an die Wirtschaftsordnung geführt. Die Gleichartigkeit in der Entwicklung der Technik und der produktiven Kräfte führt zu einem gleichgerichteten gemeinsamen Interesse an der Besserung ihrer relativen und absoluten Lebenslage. Aus dieser weitgehenden Übereinstimmung der wirtschaftspolitischen Forderungen und der wirtschaftlichen Selbsthilfemaßnahmen ergab sich ein internationales organisatorisches Zusammengehen der Arbeiter aller Länder. Die Sozialdemokratie bejaht wie früher diese internationale Zusammenarbeit und ist gewillt, an diesen internationalen Aufgaben aktiv mitzuarbeiten, sobald ihr dies bei gleichen Rechten und ohne Verlust an Würde möglich ist. Das deutsche Volk hat den imperialistischen Kapitalismus bis in die letzten Auswirkungen kennengelernt und ist daher besonders interessiert an der Niederhaltung und Beseitigung aller imperialistischen Tendenzen. Die Sozialdemokratie kennt aus eigener Erfahrung den Faschismus als die gefährlichste Erscheinungsform des Spätkapitalismus. Sie bejaht daher die Neugestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aller Völker im Geiste der Völkerverständigung. Die Sozialdemokratie erblickt dabei in der von ihr erstrebten zugleich freiheitlichen und sozialistischen Ordnung, eine Ordnung, die dem Wesen gerade des deutschen Volkes Rechnung trägt. Es gibt natürlich Unterschiede in den Begabungen, den Temperamenten und den Charakteren der Völker sowie unter-

schiedliche Eigenarten, die der wirtschaftsgeographischen und geschichtlichen Lage entsprechen. Und die wirtschaftspolitischen Forderungen, die die Sozialdemokratie aufstellt, dienen dem großen Ziel, *den Weg zu einem freiheitlichen Sozialismus zu finden*, der nach der Abschüttelung eines gewalttätigen Regimes den friedlichen Neuaufbau der deutschen Wirtschaft ohne Rückkehr zu den individualistischen und rationalistischen Formen eines kapitalistischen Liberalismus erreicht. Die Sozialdemokratie betont die wirtschaftlichen und kulturellen Vorzüge und Eigenarten des deutschen Volkes mit Nachdruck gerade in dem Zeitpunkt, in welchem dem deutschen Volk im drückenden Bewußtsein seiner Niederlage die Einsicht in seine eigenen Werte und die aus diesem Selbstbewußtsein sich ergebende würdige Haltung verlorenzugehen droht. Die so oft von manchen Teilen des deutschen Volkes herausgestellte Überheblichkeit und Aufdringlichkeit, die insbesondere von nationalsozialistischer Seite bis zur Verfälschung des deutschen Volkscharakters geführt hat, lehnt jedoch die SPD als Äußerungen eines verdeckten Minderwertigkeitsgefühles ab. Die SPD wird das Ziel haben, das deutsche Volk zum Selbstbewußtsein zu erziehen, um auf Grund einer Haltung des Stolzes auf die eigene Arbeit es auch zur Achtung vor den Leistungen anderer Völker zu führen.

Die neue deutsche Wirtschaft verlangt weitestgehende Eingliederung in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, um den Bedarf des deutschen Volkes zu decken und um eine größtmögliche Produktivität der deutschen Arbeit zu erreichen. Die früher in Deutschland gemachten Vorbehalte gegen eine sogenannte Abhängigkeit von den Ungewißheiten der Weltwirtschaft sowie jedes Autarkiebestreben hatte strategischmilitärische Hintergedanken und ist bei einer in der ganzen Welt friedfertigen Wirtschaftspolitik als gegenstandslos anzusehen.

Für den wünschenswerten Grad einer weltwirtschaftlichen Verflechtung sieht das neue Deutschland nur eine Grenze: Es darf unter keinen Umständen an der Erfüllung seiner vornehmsten Aufgabe gehindert werden, die Vollbeschäftigung sicherzustellen und den Umfang einer ausschließlich friedlichen Gesamtproduktion selbst zu bestimmen. Mit diesem einen Vorbehalt wird Deutschland sich den Formen und Methoden anpassen, die von seinen wichtigsten Außenhandelspartnern für den staatlichen Wirtschaftsverkehr und den internationalen Zahlungsausgleich angewendet werden.

Wenn die SPD diese Leitsätze zur Wirtschaftspolitik ihren Mit-

gliedern und der deutschen Öffentlichkeit unterbreitet, so ist sie sich zweier Grundtatbestände bewußt, die ihr wirtschaftspolitisches Wollen überschatten. Beide Grundtatbestände sind das Ergebnis des Krieges und des Zusammenbruches. Der erste wirtschaftliche Tatbestand ergibt sich aus der vorgefundenen Wirtschaftslage an sich. Der neue Aufbau der völlig zertrümmerten deutschen Volkswirtschaft ist nur unter entschlossener und angespanntester Mitarbeit des gesamten deutschen Volkes durchführbar. *Diese Mitarbeit des gesamten Volkes ist jedoch abhängig von der allgemeinen Erkenntnis jedes einzelnen deutschen Menschen, welches die Hauptursachen für das ganze Ausmaß der hereingebrochenen wirtschaftlichen Katastrophe sind.* An dieser Erkenntnis hat es unter der vielerorts noch verhältnismäßig günstigen Lage nach der Kapitulation zum großen Teil noch gefehlt. Tatsächlich ist aber die deutsche Wirtschaft nach dem Ende des nationalsozialistischen Krieges in einen Zustand der Auflösung hinabgeglitten, wie er in der ganzen neueren Wirtschaftsgeschichte ohne jedes Vorbild ist.

Räumlich, zeitlich, güterwirtschaftlich und geldwirtschaftlich ist der Erzeugungs- und Verteilungsprozeß in einem kaum vorstellbaren Grade desorganisiert. Auch wenn man den Anteil, den die Zerreißung Deutschlands in Besatzungszonen daran hat, nicht unterschätzt, muß man sich doch immer wieder vor Augen halten, daß der Hauptgrund für das deutsche Wirtschafts-Chaos in seinen heutigen Ausmaßen die planmäßige Zerstörungspolitik ist, die in den letzten Monaten des Krieges von nationalsozialistischer und militärischer Seite verübt worden ist.

Im Laufe des Jahres 1944 mußte es auch dem blindesten Menschen klargeworden sein, daß die totale Niederlage Deutschlands unabwendbar war. Anstatt durch ein sofortiges Abtreten von der politischen Bühne die unermeßliche historische Schuld um einen winzigen Bruchteil zu verringern, organisierten Nationalsozialisten und Militär gemeinsam unter dem Deckmantel des sogenannten Endkampfes das vielleicht beispielloseste aller ihrer unmenschlichen Verbrechen, den Vernichtungskrieg gegen das deutsche Volk. Sie führten diesen Vernichtungskrieg einzig und allein zu dem Zwecke, sich selbst noch für eine kurze Spanne Zeit an der Macht zu halten und sich für diese Zeit vor dem strafenden Arm der Gerechtigkeit zu bewahren. Gleichzeitig aber zerstörten sie die materielle Existenzgrundlage des deutschen Volkes, um ihre eigene Kriegs- und Terrorherrschaft in der späteren Erinnerung noch erträglich erscheinen zu lassen. Es war der Zweck die-

ses Vernichtungskrieges, jede künftige deutsche Regierung, gleich welcher parteilichen Richtung, unter allen Umständen zu diskreditieren, um den Vergleich mit der Zeit ihrer eigenen Herrschaft günstiger erscheinen zu lassen. Nur eine restlose Klarstellung dieser Zusammenhänge vermag die für den Aufbau unerläßliche moralische und politische Grundhaltung des deutschen Volkes zu schaffen. Sie muß aber auch die notwendige Härte gegenüber allen denen erzeugen, die sich an diesem Vernichtungskrieg mitschuldig gemacht haben und daher heute kompromißlos von jedwedem Einfluß auf Gesellschaft, Staat und Wirtschaft ausgeschaltet werden müssen.

Die wirtschaftspolitische Arbeit einer jeden deutschen Regierung in einem neuen demokratischen Deutschland kann nur von dem Vorhandensein des totalen Trümmerfeldes aus gewertet werden. Dieses Trümmerfeld ist jeder Regierung des neuen Deutschlands ohne eigenes Zutun als Erbe überlassen worden und bildet die alleinige Ausgangslage für eine zukünftige neue Aufbauarbeit.

Aber selbst für den unsagbar mühevollen Aufbau von diesem Nullpunkt aus kann von irgend einer deutschen politischen Gruppe oder Verwaltungsstelle die Verantwortung nur in dem Rahmen übernommen werden, der ihren eigenen Entscheidungen in räumlicher und sachlicher Hinsicht von den Besatzungsmächten gezogen ist.

Ein Maßstab für die Güte oder Zweckmäßigkeit eines wirtschaftspolitischen Programms in planwirtschaftlicher Hinsicht ist durch die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung solange nicht vorhanden, als die zu seiner Durchführung verpflichteten Parteien oder Personen nicht selbst über den Umfang und die Grundrichtung der gesamtwirtschaftlichen Produktion bestimmen können. Insbesondere kann solange ein Maßstab nicht angelegt werden, als die produktionsregelnden Eingriffe, die Produktionsauflagen, wie auch die Produktionsverbote von seiten der militärischen Besatzung nicht Ausnahme, sondern allgemeine Erscheinung sind.

Die SPD hat entsprechend ihrer Verantwortung eine große Anzahl von Mitarbeitern für den neuen Aufbau zur Verfügung gestellt. Sie legt aber Wert darauf, nachdrücklichst zu betonen, daß diese Persönlichkeiten immer nur für das verantwortlich gemacht werden können, was ihrer eigenen Entscheidungsbefugnis unterlegen hat oder zukünftig unterliegt.

Charakteristisch für die gegenwärtigen Verhältnisse ist der erhebliche Geldüberhang, der sich aus der Kriegsfinanzierung mit-

tels der Notenpresse ergeben hat. Die Höhe des umlaufenden Geldes wird auf 60 bis 80 Milliarden gegenüber einem normalen Umlauf von 5 Milliarden Mark geschätzt. Diese zusätzlich geschaffene Kaufkraft kann auf absehbare Zeit mit Gütern nicht belegt werden. Dieses Bargeld, wie auch die Einlagen bei den Kreditinstituten, müssen zum größeren Teil durch Blockierung unschädlich gemacht werden. Große Teile des Volkes haben bisher von diesen Barbeständen gelebt und konnten sich damit einem vollen Arbeitseinsatz entziehen.

Eine Beseitigung des Kaufkraft-Überhanges, d. h. eine Blockierung aller Bar-Reserven, setzt aber voraus, daß die dann auf Arbeit angewiesenen Bevölkerungskreise tatsächlich in der Lage sind, in den Erzeugungs- und Verteilungsprozeß eingegliedert zu werden. Es darf nicht dazu kommen, daß große Teile der Bevölkerung gezwungen werden, Wohlfahrtsunterstützungen in Anspruch zu nehmen. Die Kaufkraft-Beseitigung führt damit zu einer neuen Frage: der Rohstoff-Versorgung.

Die deutsche Industrie ist nur noch beschränkte Zeit lebensfähig. Sie kann infolge der fortschreitenden *Aufzehrung der Rohstoffe und Halbwarenbestände* unter gleichzeitigem Verzicht auf die notwendigsten Ersatz-Investitionen nur noch eine Zeit inganggehalten werden. Sie wird eines Tages völlig zum Erliegen kommen. Ein systematischer Neuaufbau und eine Wiedereingangssetzung muß zunächst von den Grundstoffindustrien aus erfolgen. Kohle und Eisen sind die ersten Grundstoffe, die die Wiedereingangssetzung aller übrigen Produktionen bestimmen. Der Versorgung der Industrie mit *Kohle und Eisen* sind enge Grenzen gezogen; einmal, weil diese Grundstoffe nicht in dem erforderlichen Ausmaß erzeugt werden und zum anderen, weil die Kohlenförderung wie auch die Eisen- und Stahlgewinnung für die übrigen kontinental-europäischen Länder herangezogen werden.

Die Ursachen für die geringe Kohlenförderung sind mehr oder weniger bekannt. Sie liegen in der ungünstigen Ernährung, dem Fehlen angemessenen Wohnraums, in unzulänglichen Löhnen und dem Mangel, diesen unzulänglichen Lohn real umsetzen zu können. Die Gründe für die unzureichende Förderung sind auch sozialpolitischer Art. Durch die scharfe Herabsetzung der Renten aus der Knappschaftsversicherung ist eine starke Beunruhigung entstanden.

Ebenso wie die materiellen und sozialpolitischen Gründe spielen auch psychologische Fragen eine bedeutsame Rolle. Bei der Beschlagnahme der Bergwerke durch die britische Militärregie-

rung trat eine Stagnation in der Kohlenförderung ein. Der Bergmann stand und steht auch heute noch unter dem Eindruck, daß diese Beschlagnahme nur bedeutet, daß er dem internationalen Kapitalismus zum Opfer vorgeworfen wird, die Regelung der Eigentumsverhältnisse ist daher für den Bergmann eine der wichtigsten Fragen, die seine ganze Grundhaltung bestimmen.

Ebenso bedeutsam ist die internationale Diskussion über die *Rhein- und Ruhrfrage*. Die Forderung auf territoriale Loslösung des Ruhr- und Saargebietes aus dem deutschen Staatsverband wird von dem Bergarbeiter auf das entschiedenste abgelehnt. Eine solche Forderung muß daher auf den leidenschaftlichen Widerspruch der SPD stoßen. Der Bergarbeiter braucht das Bewußtsein, daß das Ergebnis seiner Tätigkeit in weitem Umfange auch dem Wiederaufbau seiner Wohnungen, der deutschen Städte und der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt bleibt. Er steht heute unter dem Eindruck, daß keine Hoffnung mehr besteht, die gegenwärtigen Verhältnisse auch nur im bescheidensten Umfange zu verbessern.

Neben den heimischen, heute noch fehlenden Rohstoffen ist es erforderlich, daß gerade der Verbrauchsgüter-Industrie ausländische Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden, um die Menschen mit den notwendigsten Haushaltsgegenständen und Bekleidungsstücken zu versorgen. *Nur ein erheblicher Güter-Einschuß von außen kann den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verfallprozeß in Deutschland aufhalten.* Er allein ist in der Lage, diese deutsche Wirtschaft auf eigene, wenn auch nur schwache Füße zu stellen. Dieser Güter-Einschuß liegt auch durchaus im Interesse der alliierten Siegerstaaten. Wengleich diese Rohstoffmengen zunächst devisenmäßig zu Lasten der Besatzungsmächte gehen, so werden die zur Verfügung gestellten Rohstoffe auf längere Sicht Devisen ersparen, weil diese Hilfsleistung eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe in Deutschland abwenden wird. Durch eine Güterbereitstellung werden die Siegermächte auch von den unliebsamen Hilfsanforderungen befreit, die heute nicht nur Deutschland, sondern auch die übrigen kontinental-europäischen Länder stellen müssen. Die deutsche Wirtschaft wäre dann in der Lage, mit den wiedererschlossenen eigenen Hilfsquellen am Wiederaufbau Europas aktiv teilzunehmen.

Es ist daher erstens notwendig, daß *in der Frage des Kohlen-Exports Deutschland eine Atempause gewährt wird*, um die eigene Wirtschaft wieder ingangbringen zu können. Es ist zweitens notwendig, daß Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden, um

die Wirtschaft wieder in Funktion zu bringen, und um den Menschen die völlige Hoffnungslosigkeit zu nehmen, vor der sie heute stehen.

Die deutsche Wirtschaft ist im Laufe der Jahrhunderte organisch gewachsen, sie hat sich standortmäßig und nach wirtschaftsgeographischen oder landschaftlichen Gesichtspunkten in bestimmten Teilfunktionen entwickelt. Diese einzelnen Industrien waren durch eine starke Verbundwirtschaft untereinander ausgeglichen, so daß sich diese Teile auf das wirksamste zu einem Ganzen vereinigen. Diese Verbundwirtschaft ist heute durch die Einteilung Deutschlands in verschiedene Besatzungszonen zerrissen. *Eine Gesundung des deutschen Wirtschaftskörpers ist nur durch die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit möglich.* Sie wurde in Jalta beschlossen und in Potsdam proklamiert, ist aber bisher der Verwirklichung um keinen Schritt nähergebracht worden. Im Gegenteil, alle Anzeichen deuten darauf hin, daß diese ursprünglich nur militärisch gedachten Zonengrenzen wirtschaftlich den Charakter von wirklichen Landesgrenzen annehmen. Für die Wiederingangsetzung der deutschen Wirtschaft ist aber ein ungehinderter Fluß der Güter, der Transportmittel und Zahlungen innerhalb aller Gebietsteile notwendig. Daher müssen die wirtschaftlichen Grenzen der Besatzungszonen unverzüglich fallen. Daß das Festhalten an verschiedenen Besatzungszonen mit einem freien Güter- und Personenverkehr über die Zonengrenzen durchaus vereinbar ist, zeigt das Beispiel Groß-Berlins.

Unter der Vielzahl vordringlicher Produktions-Aufgaben steht *an erster Stelle die Ernährungssicherung.* Die noch vorhandenen Produktionsreserven in der deutschen Landwirtschaft müssen sofort erschlossen werden. Die Existenz des deutschen Volkes liegt heute entscheidend in der Hand der Landwirtschaft. Bei allen unbequemen Maßnahmen zur Steigerung der Erzeugung und zur Ablietierung von Nahrungsmitteln sollte der Bauer stets bedenken, daß er in weiten Gebietsteilen diejenige Berufsschicht darstellt, die von der Existenzbedrohung und der Existenzvernichtung durch den nationalsozialistischen Krieg wohl am wenigsten betroffen worden ist. Die stark erhöhte Bevölkerungsdichte innerhalb der wesentlich verkleinerten deutschen Staatsgrenzen wird eine weitere Intensivierung der Bodenbewirtschaftung erzwingen. Diese muß zunächst der Steigerung des Hack- und Gemüsebaues zugute kommen. Darüber hinaus ist aber der Aufbau einer hochentwickelten tierischen Veredlungswirtschaft unerlässlich, damit die zusätzliche Menschenkraft zum Teil auf dem Lande sinnvoll

eingesetzt werden kann, und damit die Stadtbevölkerung wieder in dem biologisch erforderlichen Grade mit Eiweiß und Fett-nahrung versehen werden kann. Die verbleibende deutsche Ackerfläche ist für die Versorgung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln und für die Erhaltung des bisherigen Viehbestandes nicht ausreichend. Die zusätzliche tierische Veredlungsproduktion muß daher auf der Grundlage ausländischer Futtermittel aufgebaut werden. Die Einfuhr billiger Futtermittel, vor allem aus Übersee, ist in jedem Ausmaß zu steigern. Der gegenwärtige *Flüchtlingsstrom* stellt ein Menschen-Reservoir dar, aus dem für die Intensivierung der Bodenbewirtschaftung geschöpft werden kann. Der Flüchtling muß das Recht erhalten, überall dort, wo seine Arbeit dem Boden erhöhten Ertrag abringt, heimisch und gleichberechtigt zu werden.

Zu den dringendsten Aufgaben, die unmittelbar in Angriff genommen werden müssen, gehört der *Aufbau menschenwürdiger Wohnungen*. Dem Bau von Wohnungen sind weitgehend alle anderen Bauvorhaben unterzuordnen. Man kann eine intensive Arbeitsleistung nur von Menschen erwarten, die über eine gesunde Wohnung und über einen eigenen Haushalt verfügen.

Ein großer Teil des deutschen Volkes hat im Verfolg der Luftangriffe und der Kriegshandlungen Hab und Gut verloren. Die Fragen der Berücksichtigung aller dieser *Ansprüche gegen die Konkursmasse des Dritten Reiches* ist eine Frage der künftigen Einkommensverteilung. Da eine unmittelbare Übertragung von Sachbesitz zum Zwecke des Schadenausgleichs — abgesehen von Gegenständen des täglichen Bedarfs — nur in engen Grenzen durchführbar erscheint, bedeutet jede Auszahlung auf die alten Ansprüche eine Minderung des Gegenwertes der gegenwärtigen Leistungen der Produzenten. Eine solche Einkommensverteilung darf *nur unter sozialen Gesichtspunkten* durchgeführt werden. Am ehesten kann ein Einkommensverzicht allen denen zugemutet werden, deren laufendes Einkommen auf gerettetes Sacheigentum gegründet ist. Der erhaltene Sachbesitz muß daher mit einer Verzinsungs- und Tilgungsrente zugunsten der Vermögensbeschädigten belegt werden.

Es muß aber volle Klarheit darüber herrschen, daß bei den gegebenen Verhältnissen der zu erlangende Gegenwert nur einen bescheidenen Bruchteil der ursprünglichen Forderung wird darstellen können. Für jeden Anspruch muß eine absolute Höchstgrenze gelten, damit der Ausgleich für die kleineren Forderungen besser ausfallen kann.

Alle vordränglichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die bei der Beachtung der wirtschaftspolitischen Grundsätze der SPD im Vordergrund stehen, sind also gekennzeichnet durch den vorhandenen Geldüberhang; den Mangel an in- und ausländischen Rohstoffen, die fehlende Wirtschaftseinheit und die Ernährungsschwierigkeiten.

Die Grundtatsachen sind unumgängliche Bestandteile jeder gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, wobei sie die durchzuführenden allgemeinen Leitsätze berühren und teilweise überschneiden. Ihr Gewicht belastet die Leiter der Wirtschaftsverwaltung mit einer überaus schweren Verantwortung. Sie können diese Verantwortung nur übernehmen bei gleichzeitiger Demokratisierung der Wirtschaftsverfassung. Die erforderliche Demokratisierung wird damit unmittelbar Bestandteil der vorliegenden Gegenwartsaufgabe. Ihre Notwendigkeit ergibt sich aus wirtschaftlichen und politischen Gründen.

Es geht heute nicht mehr an, einen Betrieb als eine privatwirtschaftliche Wirkungsstätte zu betrachten; er ist *eine volkswirtschaftliche Angelegenheit*. Wenn heute noch gesagt wird, daß der Kapitalbesitzer das betriebliche Risiko trägt, so ist diese Behauptung im vollen Umfange zu bestreiten. Bei einem Absinken der Konjunktur werden Arbeitskräfte entlassen, sie fallen der öffentlichen Fürsorge zur Last. Insofern wird das betriebliche Risiko sowohl von dem Arbeitnehmer als auch von der Gesellschaft getragen. Bei Großbetrieben mit besonderer Bedeutung tritt der Staat mit Hilfe von Krediten, durch Subvention, durch öffentliche Aufträge usw. ein. Weil aber die im Betrieb beschäftigten unselbstständigen Arbeitnehmer mit ihrer Existenz an den Betrieb gebunden sind, und weil in jedem Fall die Gesamtheit letzter Risikoträger ist, ist die Forderung begründet, daß *die Herrschaftsrechte des Betriebes gemeinsam durch Kapitalbesitzer, Arbeitnehmer und öffentliche Hand ausgeübt werden*. Die Notwendigkeit einer Demokratisierung ergibt sich auch aus sittlichen und politischen Gründen. Der Nationalsozialismus ist ausschließlich aus den Kreisen der Wirtschaft finanziert worden. Die Wirtschaft hat so eine Bewegung aufgebaut und großgezogen, die neben der Verfolgung rein imperialistischer Zwecke nach außen im Innern sämtliche sozialen Einrichtungen und Organisationen der Arbeitnehmerschaft zerschlagen hat. Diese politische Bewegung hat nicht nur Deutschland, sondern auch ganz Europa an den Rand des wirtschaftlichen und kulturellen Abgrundes geführt. Das deutsche Volk verlangt nach dieser bitteren Erfahrung eine demokratische

Wirtschaftsverfassung. Es kommt noch folgende Überlegung hinzu: Seit 300 Jahren sind wir Deutschen gewohnt, unser politisches Leben überlagert zu sehen von einer Atmosphäre, die wir „den Geist von Potsdam“ nennen. Mag es die beamtenmäßige Erziehung oder die Ausbildung des preußischen Unteroffiziers durch den Soldatenkönig gewesen sein oder der Pakt in der Garnisonkirche von 1933, immer wurde die Wirtschaftspolitik von militärischen Bedürfnissen bestimmt und gestützt auf die Macht von Bajonetten durchgesetzt. Nachdem diese Politik vollends in ihrer nationalsozialistischen Übersteigerung das deutsche Volk ins Elend geführt hat, ist heute der Zeitpunkt gekommen, sie endgültig durch eine demokratische Wirtschaftspolitik zu ersetzen.

In demselben Potsdam ist nun vor kurzem über das Schicksal der deutschen Industrie eine Entscheidung gefallen. Die deutsche Industrie soll nach dem Plan von Potsdam in weitem Umfang teils verboten, teils erheblich eingeschränkt werden. Die zukünftige Kapazität der deutschen Industrie ist hierzu methodisch in Vergleich gestellt worden zu den Größenordnungen der Jahre 1936 und 1938. *Gegen den Industrieplan müssen schwerwiegende Bedenken geäußert werden.* Schon die Vergleichsbasis muß von vornherein beanstandet werden:

Die internationale Wirtschaftskrise des Jahres 1931 brachte auch für Deutschland erhebliche Devisenschwierigkeiten mit den üblichen Folgen einer Kontingentierung und damit eines Absinkens des Außenhandels. Im Jahre 1933 setzte teilweise ein internationaler Boykott ein, der die Zahlen des Außenhandels weiter erheblich verminderte. Im Jahre 1934 kam die Aufrüstung, die nach und nach zu einer völligen Strukturänderung der deutschen Wirtschaft führte. Mit der Verkündung des 4-Jahres-Planes im Jahre 1936 nahmen die Autarkie-Bestrebungen in erheblichem Umfange weiter zu mit der allen bekannten, schon damals einsetzenden Beschränkung der Nahrungsmittelversorgung.

Für eine zukünftige deutsche Friedens-Wirtschaft kann man unmöglich eine Wirtschafts-Struktur zugrunde legen, die auf einer solchen Rüstungswirtschaft und Autarkiebestrebungen aufgebaut war. Es wäre richtiger, ein echtes normales Friedensjahr wie z. B. das Jahre 1928 zugrunde zu legen, obwohl in den rückliegenden rund 20 Jahren sich erhebliche Verschiebungen in der technischen Entwicklung ergeben haben. Legt man jedoch ein normales Jahr für die zukünftige Bemessung der deutschen Industriekapazität zugrunde, so wird die neue Regelung immer nur den laufenden Bedarf an Produktion für den normalen Verbrauch

und für den normalen wirtschaftlichen Zugang sichern. In einer solchen Regelung sind jedoch keine Kapazitäten vorgesehen, die berücksichtigen, daß heute fast alle deutschen Großstädte zerstört, daß alle Transportwege an Eisenbahnen, Kanälen und Straßen vernichtet sind, daß viele Betriebe durch Bombenangriffe zertrümmert sind, daß in den Jahren des Krieges keine Ersatzbeschaffungen für heruntergewirtschaftete Maschinen gemacht worden sind. Es sind keine Vorräte, keine Haushaltswaren und Textilien mehr vorhanden, Millionen vom Bombengeschädigten und Flüchtlingen verfügen nicht mehr über Wohnung, Möbel und Hausrat. Die Kapazität einer normalen Friedensproduktion wäre also nicht in der Lage, diese aufgestauten Bedürfnisse, diese Wiederherstellung und Wiederaufbauarbeiten auch nur in bescheidenem Umfange auszuführen. Nach dem Potsdamer Plan wird die Stahlerzeugung von 14,3 Millionen im Jahre 1928, d. h. die Stahlerzeugung eines normalen Friedensjahres, auf 5,8 Millionen herabgesetzt. Diese Senkung ist um so verhängnisvoller, als der deutschen Industrie die Herstellung von Elektro-Stahl und Edelstahl verboten ist. Der Plan verbietet im vollen Umfange die Aluminium-Fabrikation. Die verarbeitenden Betriebe sind daher ausschließlich auf Import angewiesen. Durch diese Maßnahme wird Deutschland aus einer bemerkenswerten technischen Entwicklung ausgeschaltet, die in den letzten zwei Jahrzehnten gekennzeichnet ist durch den Übergang von Schwermetallen zu Leichtmetallen. Aber nicht nur die Herstellung von Aluminium ist verboten worden, auch der Verbrauch von Aluminium ist auf 30 000 t im Jahre begrenzt. Dabei lag der Verbrauch an Aluminium bereits erheblich über 100 000 t aus eigener Erzeugung im Jahre.

Besonders stark betroffen wird die Maschinenbauindustrie mit einer Senkung von 60 v. H. Bei einer derartigen Kürzung ist nicht ersichtlich, wie es möglich sein soll, die ausgebombten Betriebe wieder aufzurichten, und wie es möglich sein soll, für die uns belassene Friedensproduktion die erforderlichen Produktionsmittel zur Verfügung zu stellen. Erheblich eingeschränkt ist auch die Herstellung von Eisenbahnwaggons, sowohl für den Personen- wie für den Güterwagenverkehr. Nach einem Überschlag kann angenommen werden, daß der dezimierte Bestand der Reichsbahn an Personenwagen erst in 30 bis 40 Jahren auf eine normale Höhe kommen wird, während der Wiederaufbau des Güterwagenparks etwa 10 bis 15 Jahre in Anspruch nehmen dürfte. Selbst die Kapazität der deutschen Textilindustrie ist gegenüber 1928 um rund 17 v. H.

gekürzt worden, obwohl ein ungeheurer Bedarf der gesamten Bevölkerung zu decken ist.

Der Potsdamer Plan ist wohl der in der gesamten Wirtschaftsgeschichte erste Versuch, die Struktur eines hochentwickelten Industriestaates auf künstliche Weise zu regulieren. Der Plan wirft viele volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Fragen auf, die vorab nicht beantwortet werden können. Es braucht nur an die Frage erinnert zu werden, wie eine solche Kapazitätsbeschränkung durchzuführen ist. Soll man in jedem belassenen Betrieb die Kapazität auf die Hälfte herabsetzen? Das würde eine erhebliche Steigerung der Kosten bedeuten. Würde man auf diese Art des Schnittes verzichten und nur die kostenmäßig günstigsten Betriebe belassen, so würden Standortverschiebungen großen Ausmaßes unvermeidlich sein. Ganze Gemeinden werden — wie bereits vorliegende Beispiele zeigen — in ihrem Leben zusammenbrechen, werden veröden, während in den neuen Standorten alle Vorbedingungen für den Zuwachs an neuen Betrieben fehlen. Wir werden daher, sollte der Plan zur Durchführung kommen, mit einer ununterbrochenen Wanderung der arbeitenden Bevölkerung rechnen müssen. Unvorstellbar große Berufsumschichtungen werden notwendig sein, um dem Plan wirkliche Gestalt zu geben. Die rückliegenden 12 Jahre haben die Menschen seelisch weitgehend belastet und beunruhigt, und es wäre wirklich an der Zeit, den Menschen wieder beruflich, seelisch und sozial zu festigen. Das Gegenteil wird aber das Ergebnis dieses Planes sein und wird damit auch das wirtschaftspolitische Wollen der Sozialdemokratie ganz entscheidend beeinflussen. Es muß damit gerechnet werden, daß das Heer der Unzufriedenen sich erheblich vermehrt und eine soziale Gefahr größten Umfanges durch eine nihilistische Einstellung heraufbeschworen wird.

Besonders unverständlich ist die *Begrenzung des deutschen Außenhandels auf 3 Milliarden Mark*. Gegenüber dem Normaljahre von 1928 mit 14,5 Milliarden Einfuhr und 12 Milliarden Ausfuhr beträgt diese Außenhandelskürzung mehr als 75 v. H. Deutschland hat 1928 für die Ernährung 4,35 Milliarden eingeführt. Diese Einfuhr war notwendig bei einem Deutschland, das über ein erheblich größeres agrarisches Gebiet im Osten verfügte.

Auch wenn wir heute bei der festgesetzten Einfuhr-Quote auf Südfrüchte, Bohnenkaffee und Kakao, Tabak, Tee und Wein verzichten und statt einer Kalorienmenge von 3000 nur 2000 zugrunde legen, so reichen die zugebilligten 1,5 Milliarden nicht

aus, da unter den gesamten Einschränkungen noch über 2 Milliarden Zuschuß erforderlich sind.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß durch diese Festsetzung einer niedrigen Außenhandelsquote nicht nur Deutschland, sondern ebenso in erheblichem Umfang auch *alle europäischen Staaten auf das stärkste betroffen werden*. Der deutsche Handel war mit über 60 v. H. reiner Europahandel. Deutschland kaufte von England für rund 3 Milliarden Mark im Jahr. Der Gesamt-handel mit den Niederlanden betrug auf beiden Seiten rund 2 Milliarden, mit Frankreich 1,4 Milliarden, mit Belgien, Italien und der Schweiz rund 1 Milliarde. Die Auswirkungen auf die europäische Wirtschaftslage sind daher unvorstellbar.

Die heute gegenüber Deutschland verfolgte alliierte Politik vertraut auf die Gewerkschaften, auf die neuen demokratischen Parteien, d. h. in weitestem Maße auf die Stimme des deutschen Arbeiters. Aber gerade diesem Arbeiter entzieht die alliierte Wirtschaftspolitik die Existenzgrundlage, nämlich seine Fabrik. Wir wirtschaften zur Zeit nicht, sondern stellen eine humanitäre Hilfseinrichtung dar, um die Zeit zu überbrücken, bis eine industrielle Tätigkeit wieder beginnen kann. *Durch die Politik der Kapazitätsbeschneidung und der Abmontierung von Fabriken zerstört die alliierte Politik, was sie selbst politisch aufzubauen bestrebt ist.*

Der Plan, der veröffentlicht ist, läßt drei Möglichkeiten zu:

1. Das Todesurteil über Millionen deutscher Menschen. Bei einer Bevölkerungsdichte von mehr als 200 Menschen je Quadratkilometer kann die deutsche Volkswirtschaft nur als gemischte Agrar- und Industrie-Wirtschaft neu aufgerichtet werden. Wird statt dessen die deutsche Wirtschaft — abgesehen von den reinen Rüstungsbetrieben — im Maße des Industrieplanes entindustrialisiert, müssen Millionen deutscher Menschen sterben; es sei denn, sie versuchen auszuwandern, und das Ausland nimmt sie in solchen Massen auf.
2. Falls man auf diesen ersten Weg verzichtet, nämlich ein Massensterben einzuleiten, müßten sich bei Durchführung des Planes die Alliierten bereitfinden, eine dauernde Arbeitslosenunterstützung an einen Großteil des deutschen Volkes zu Lasten der eigenen Steuerzahler zu zahlen. Über den sozialen und politischen Widersinn einer solchen Entwicklung braucht nichts gesagt zu werden.
3. Die dritte Möglichkeit besteht in der Aufhebung dieses Planes.

Die Sozialdemokratie ist gewillt, im vollen Umfang die Verantwortung zu übernehmen für seine wirtschaftliche Entwicklung, die zu einem Wiederaufbau nicht nur in Deutschland, sondern auch Europas führt. Es könnte jedoch eine Lage eintreten, wo die Sozialdemokratie sich gezwungen sähe, die Verantwortung abzulehnen. Eine solche Lage ist denkbar, wenn die gegenüber Deutschland verfolgte Wirtschaftspolitik von Tendenzen getragen wird, wie sie in einer Notiz in den Londoner „Times“ zum Ausdruck kommen. In dieser Notiz heißt es: Der Verband englischer chemischer Fabrikanten wünscht laut einer Erklärung, die er gestern zur Frage der Behandlung der chemischen Industrie Deutschlands nach dem Kriege abgab, dringend, daß man ins Auge fassen sollte, die deutsche Farbstoff-Industrie im Interesse des Weltfriedens gänzlich stillzulegen. J. Davidson Pratt, der im Kriege Kontrolleur der chemischen Verteidigungsmaßnahmen war, meinte, daß die englische Farbstoffindustrie so stark wäre, daß sie es sehr begrüßen würde, die deutsche Farbstoffindustrie vollkommen ausgeschaltet zu sehen.

Genossen und Genossinnen, wir Deutsche, wir kennen eine solche Sprache, und die Sprache des internationalen Kapitals wird auch ohne Sprachkenntnisse in allen Ländern verstanden!

Die Sozialdemokratie glaubt, daß die alliierte Politik von den ersten beiden Möglichkeiten, die der Plan läßt, keinen Gebrauch machen wird. Sie fühlt sich zu der Forderung berechtigt, daß derartige ungeheuerliche Methoden, obwohl sie in ähnlicher Weise von der nationalsozialistischen Regierung durchgeführt wurden, nicht gegenüber dem deutschen Volke angewandt werden. Man wird diese Methoden eines Millionensterbens nicht zu einer neuen Regel in den Beziehungen zwischen den Völkern machen wollen.

Die Sozialdemokratie glaubt, daß im Ausland Mißtrauen und Haß gegenüber Deutschland bestehen. Sie findet diese Einstellung besonders bei den im Krieg von Deutschen besetzten Ländern verständlich und begrreiflich.

Die Sozialdemokratie sieht jedoch keine Möglichkeit, daß auf der Grundlage von Haß und Mißtrauen eine schöpferische und positive Politik geleistet werden kann.

Die alliierten Siegerstaaten haben in den von Deutschland besetzt gewesenen Ländern eine Widerstandsbewegung anerkannt. Die deutsche Widerstandsbewegung fühlt sich nicht minderem Rechte bei ihrem Willen, am Aufbau Europas mitzuarbeiten, als jene Eng-

länder, Amerikaner und Franzosen, die 1936 bei den Olympischen Spielen dem Pathos des Dritten Reiches zugejubelt haben. Die deutsche Widerstandsbewegung fühlt sich gleichberechtigt mit jenen englischen Stahlindustriellen, die 1939 in Düsseldorf über die Stahlquoten sprachen und lediglich durch den Einmarsch der Hitler-Truppen in die Tschechoslowakei von den Verhandlungen nach London zurückgerufen wurden.

Es darf zukünftig nicht noch einmal vorkommen, daß die militaristischen Elemente einer Nation ständig neue Triebkräfte dadurch erhalten, daß Friedensverträge mit einer ungleichen Verteilung von Rechten und mit ungleichen Auswirkungen auf die Wirtschaft herbeigeführt werden. Die Fehler nach dem ersten Weltkrieg haben aller Welt deutlich gemacht, daß militärische Maßnahmen und strategische Grenzziehungen keine Mittel sind, diesen Konfliktstoff zu beseitigen. Die Frage der *Sicherheit* ist vielmehr untrennbar mit der Frage der *Gerechtigkeit* verknüpft. Eine Gerechtigkeit ist allerdings nur möglich in einem Europa, in welchem den Nationalstaaten bei voller Würdigung der kulturellen Interessen aller Völker und Rassen eine planwirtschaftliche Organisation übergeordnet ist. *Die Wirtschaft des neuen Europas ist aufzubauen im Rahmen einer europäischen Arbeitsteilung, so daß die entstehende enge Verzahnung und Verknüpfung jede Möglichkeit eines Krieges für jeden Staat in Europa ausschließt.*

Es ist daher die Aufgabe, nicht die deutsche Wirtschaft zu zerstören, sondern Europa wieder aufzubauen.

(Langanhaltender Beifall.)